

Griechenland wehrt sich

Arbeiter, Angestellte, Rentner, Studenten sollen das Milliardenloch in der griechischen Bilanz ausgleichen. Sie selbst sehen das anders und wollen erst mal andere zur Kasse gebeten wissen. **Seite 2**

Linke Medienakademie

Engagierte Referenten und wissbegieriger journalistischer Nachwuchs versammeln sich vom 10. bis 14. März zum siebten Mal zur stetig wachsenden Linken Medienakademie. **Seite 10**

Streitfrage Zölibat

Sind die Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche auf den Zölibat zurückzuführen? Das debattieren der Kirchenkritiker Hubertus Mynarek und der katholische Publizist Martin Lohmann. **Seite 17**

Standpunkt

Unter Druck

Von Gabriele Oertel

Souveränität geht anders. Union wie FDP wirkten gestern im Bundestag ziemlich angefasst, als das Thema Parteinisponsoring auf der Tagesordnung stand. In neun Wochen wird in Nordrhein-Westfalen gewählt – und die Umfragen sehen, nachdem die Käuflichkeit von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers schwarz auf weiß nachzulesen war, für Schwarz-Gelb derzeit keine Mehrheit. Das kann der Kanzlerin nicht egal sein. Und zwar nicht nur, weil ein mögliches Debakel der Ihren an Rhein und Ruhr auch eines für die konservative Mehrheit im Bundesrat bedeuten würde. Auch, weil der nordrhein-westfälische Landesvater einer ihrer Stellvertreter in der Bundes-CDU ist und noch nicht als ausgemacht gilt, dass der Verlust seiner moralischen Integrität nicht zugleich lange Schatten auf das Image von Angela Merkel werfen kann.

Ganz davon abgesehen, dass niemand vergessen hat, welches Beben die Wahlen im bevölkerungsreichsten Bundesland 2005 ausgelöst haben. Ex-SPD-Kanzler Gerhard Schröder rief nach dem Infarkt in der sozialdemokratischen Herzkammer vorgezogene Neuwahlen aus – und Rüttgers' Einzug in die Düsseldorfer Staatskanzlei folgte Monate später Merksels Einzug ins Kanzleramt. Rüttgers soll sich damals heftig beschwert haben, dass ihm ob der bundespolitischen Turbulenzen die öffentliche Aufmerksamkeit versagt geblieben ist. Fünf Jahre später kann er darüber nun wahrlich nicht meckern. Aber das dürfte ihm kaum gefallen.

Unten links

20 Jahre sind seit der deutschen Vereinigung vergangen. **Grundstücke** in der ehemaligen DDR sind kaum noch für ein Schnäppchen zu ergattern. Eine deutsche Übernahme Westpolens, Österreichs oder Tschechiens steht trotz heftigen Werbens von Leuten wie Frau Steinbach nicht an, da muss man anderswo Ausschau halten. »Bild« empfiehlt: »Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen«. Als bereitwillige Transporteure ihrer Idee, auf die sie sich dann pseudo-journalistisch beziehen konnte, fand die Springer-Zeitung zwei Experten aus CDU und FDP. »Ein Bankrotteur muss alles, was er hat, zu Geld machen, um seine Gläubiger zu bedienen«, meint etwa CDU-Wirtschaftspolitiker Josef Schlarmann. Und »Bild« zog Wikipedia zu Rate: Griechenland hat 3054 Inseln, von denen nur 87 bewohnt sind. Dafür gebe es »einen Markt«. Merkwürdigerweise hat der Begriff »Inselkoller« noch keinen Eingang in den Duden gefunden. Nun wird es Zeit: Es ist der ganz normale Wahnsinn des Boulevards. *jrs*

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

Käuflichkeit ohne Verfallsdatum

Parteinisponsoring im Bundestag: Opposition will schnelle Aufklärung, Lammert setzt auf Zeit

Von Gabriele Oertel

Dass die Linksfraktion im Bundestag Parteinisponsoring und Glaubwürdigkeit von Politik in einer aktuellen Stunde thematisierte, kam den Abgeordneten aus der schwarz-gelben Koalition sichtlich ungelegen. Und hat vermutlich auch Bundestagspräsident Norbert Lammert veranlasst, am Nachmittag zur Ruhe aufzufordern.

Nachdem die CDU-Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und Sachsen, Jürgen Rüttgers und Stanislaw Tillich, in den öffentlichen Fokus geraten waren, weil Sponsoren auf Parteiveranstaltungen Gespräche mit ihnen gegen Geldzahlungen angeboten worden waren, war der Parlamentspräsident aufgefordert worden, Sanktionen gegen die CDU zu verhängen.

Schließlich stand der Verdacht der Käuflichkeit von CDU-Ministerpräsidenten im Raum. Schließlich hatten gerade 83 Prozent der Deutschen zu Protokoll gegeben, sie befürchteten durch Sponsoring Einflussnahme auf Entscheidungen. Schließlich war gerade in Berlin eine Initiative »Mehr Transparenz in der Parteifinanzierung« gestartet. Schließlich war Lammert nicht nur Zögerlichkeit, sondern Parteinahme für seine CDU im Vorfeld der NRW-Landtagswahl vorgeworfen worden. So musste er wohl gestern reagieren. Aber der Bundestagspräsident verwies lediglich auf Rückendeckung für seine unabhängige Amtsführung durch den Ältestenrat und versprach »Prüfung« in ruhiger Atmosphäre. Dazu aber seien Wahlkampfzeiten nicht geeignet.

Auch Abgeordnete von Union und FDP hatten zuvor im Bundestag abzuwiegen versucht. Ingo Wellenreuther von der Union kriegte sich fast nicht mehr ein. Allein der Titel der Aktuellen Stunde zeige, dass es der LINKEN nicht um Aufklärung, sondern um Diskreditierung und Skandalisierung



Zeichnung: Harm Bengen

sowie Verunsicherung der Spender gehe. Es sei selbstverständlich, dass ein Ministerpräsident seiner Partei nicht gemietet werden könne, »mit Käuflichkeit hat das nichts, aber auch gar nichts zu tun«. Dieser Vorwurf sei »geradezu abwegig«, erklärte der Karlsruher CDU-Abgeordnete. Auch Marco Buschmann von der FDP versuchte die Befreiung mit der ganz großen Keule. Die Opposition habe seiner Partei in Sachen Transparenz keine Nachhilfe zu erteilen, erklärte er – um hernach insbesondere die Linkspartei der Intransparenz zu zichtigen, ja die Debatte als eine Art Operation Putnik zu bewerten und an die SED-Millionen zu erinnern.

Allerdings waren bei der Debatte im Bundestag die schwarz-gelben Halt-ten-Dieb-Rufe wenig erfolgreich. Den Koalitionären wurde

Missbrauch der politischen Macht vorgeworfen – und Repliken auf Möllemann, Graf Lambsdorff, Koch und Kanther mussten sie sich nicht nur von der LINKEN gefallen lassen. Linksabgeordneter Ulrich Maurer verwies angesichts der Möglichkeit des »zumindest stundenweisen« Anmietens von CDU-Ministerpräsidenten darauf, dass das »Restvertrauen« der Wähler in die Demokratie untergraben werde – wenn sie nicht darauf bauen könnten, dass ihre Stimme über die Geschehnisse des Landes entscheidet, sondern Schecks. »Wie weit sind wir eigentlich gekommen, wenn ein einziger Unternehmer sich Regierungsbildungen zusammenkaufen kann«, weitete Maurer mit Blick auf die Zahlungen aus FDP-Kreisen an den Grünen-Chef im Saarland seinen Vorwurf aus.

Auch die SPD beließ es nicht allein beim Vorwurf an die Adresse der Union. Gabriele Fograscher erinnerte an die Mövenpick-Spende für die FDP und die darauffolgenden Steuererleichterungen für Hoteliers. Ähnlich wie ihr Parteivorsitzender Sigmar Gabriel forderte Fograscher den Parlamentspräsidenten auf, die Rüttgersche Sponsoringaffäre »unverzüglich« aufzuklären und Strafzahlungen zu verhängen. Die Wähler hätten Anspruch auf die Wahrheit noch vor der NRW-Wahl. Das sah auch Volker Beck von den Grünen so. Er wählte keine gute Zeit für die Demokratie, weil der Eindruck entstanden sei, dass Politik in diesem Lande käuflich ist, erklärte er. »Um Schaden von uns allen abzuwenden«, sei eine Aufklärung bis spätestens Mitte April erforderlich. *Seite 4*

»Todesengel im Namen des Islam« verurteilt

Harte Urteile im Sauerland-Prozess – gewürzt mit markigen Richtersprüchen

Von René Heilig

Die vier Terroristen der sogenannten Sauerland-Gruppe sind am Donnerstag zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Das Düsseldorfer Oberlandesgericht strafte die militanten Islamisten mit Urteilen zwischen fünf und zwölf Jahren.

Der Prozess gehört zu den aufwendigsten der jüngeren bundesdeutschen Rechtsprechung. Sein Ergebnis: Fritz Gelowicz (31) und Daniel Schneider (24), zwei zum Islam konvertierte Deutsche, erhielten eine Haftstrafe von jeweils zwölf Jahren. Der türkische Staatsbürger Adem Yilmaz (30) wurde zu elf Jahren und der Deutsch-Türke Atila Selek (24) zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Mit ihrem Urteilsspruch blieben die Richter nur unwesentlich unter den Forderungen der Staatsanwaltschaft.

Die Angeklagten standen wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung, Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags und Verabredung zum Mord vor Gericht. Schneider war



Entdeckung im Sauerland – Bombenstoff vom Chemiegroßhandel Foto: dpa

zudem wegen versuchten Mordes angeklagt. Er hatte bei der Festnahme auf einen Polizisten geschossen.

Sie seien »hasserfüllte, von verqueren Dschihad-Ideen verblendete junge Menschen«, die sich zum »Todesengel im Namen des Islam« erhoben haben, sagte der Vorsitzende Richter Ottmar Breidling in der Urteilsbegründung. Breidling fand weitere Superlative. Von der Gruppe sei eine »ungeheure Bedrohung« ausgegangen, denn die Männer hätten »ein ungeheures Blutbad mit einer unübersehbaren Zahl von Toten geplant«.

Die nun Verurteilten hatten in

dem rund zehnmonatigen Verfahren zunächst geschwiegen, dann aber umfangreiche Geständnisse abgelegt. Die umfangreichen Aussagen über Strukturen des islamistischen Terrorismus seien der Grund dafür, dass das Verfahren schneller abgewickelt werden konnte als erwartet, heißt es.

Die Angeklagten hatten zugegeben, im Auftrag der Islamischen Dschihad Union (IJU) in Deutschland Autobomben-Anschläge auf US-Soldaten in Discos, Kasernen und Flughäfen geplant zu haben. Ziel sei der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan gewesen. Drei der Angeklagten hatten sich in ihrem Schlusswort vom Terrorismus losgesagt und ihre Pläne bedauert.

Viele Fragen zu Merkwürdigkeiten der Ermittlungs- und Observationsarbeit von Polizei sowie nationalen und internationalen Geheimdiensten blieben im Prozess unbeantwortet. Die Verurteilten waren in einer gigantischen vernetzten Operation monatelang beobachtet und 2007 in einem Ferienhaus im Sauerland festgenommen worden. *Kommentar Seite 8*

149 Tote durch rechte Gewalt

Neue Zahlen der Antonio Stiftung

Berlin (ND). Seit der deutschen Wiedervereinigung 1990 starben 149 Menschen durch rechtsextreme Gewalt. Das ergaben Recherchen der Redaktion »Mut gegen rechte Gewalt« und des Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung. Die Verfasser beanspruchen eine hohe Genauigkeit für die neue Liste. Alle Fälle seien gründlich recherchiert und nur dann aufgenommen worden, »wenn glaubhafte Beweise für einen rechtsextremen oder rassistischen Hintergrund vorliegen«, schreibt die Antonio Amadeu Stiftung in ihrer Pressemitteilung. »Leider bleiben viele Fälle in diesen offiziellen Statistiken der Bundesregierung unerwähnt oder sind in der einen präsent, während sie in der anderen fehlen«, sagt Timo Reinfank, der Geschäftsführer der Stiftung. Er betont, es müssten auch Fälle hinzu gezählt werden, denen rassistische Motive zu Grunde liegen, ohne dass die Täter »auf den ersten Blick als Rechtsextreme zu erkennen« seien.

»Die Bundesregierung schönt jedoch diese Opferzahlen regelmäßig und redet stattdessen ein »Linksextremismusproblem« herbei«, kritisierte Monika Lazar, Sprecherin der Grünen-Fraktion im Bundestag für Strategien gegen Rechtsextremismus. Nach einer Großen Anfrage der LINKEN im Oktober 2009 nannte die Regierung 46 Todesopfer rechts motivierter Gewalt in den Jahren 1990 bis 2008.

Kurz

Niederlande: Wilders bei Wahl erfolgreich

Den Haag (AFP). Nach dem Erfolg seiner Partei für die Freiheit bei den Kommunalwahlen strebt der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders bei den Parlamentswahlen im Juni nach der Macht. »Wir werden die stärkste Partei«, erklärte er. *Seiten 7 und 8*

63 Tote durch Panik

Delhi (dpa). Bei einer Massenpanik in einem Tempel im nordindischen Bundesstaat Uttar Pradesh sind am Donnerstag mindestens 63 Menschen zu Tode getrampelt worden. Ein Sektenführer hatte ein Gratis-Mittagessen ausgerichtet und Gaben wie Kleidung verteilt.

Staatsdiener streiken

Lissabon (dpa). Mit einem 24-stündigen Streik haben die Staatsdiener in Portugal gegen das Sparprogramm protestiert.

Polio-Impfaktion

Dakar (AFP). Eine Impfaktion zum Schutz von 85 Millionen afrikanischen Kindern vor Polio hat im Westen des Kontinents begonnen.

Waffen für Pakistan

Washington (dpa). Die US-Luftwaffe liefert 1000 moderne, lasergestützte Raketensteuerungssysteme an Pakistan.